

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren,

- Als „Neue“ im Kreistag seit dem letzten Oktober sind wir in diesem Gremium gut aufgenommen worden. Es wurden uns keine Steine in den Weg gelegt – eher im Gegenteil. Dafür bedanken wir uns.
- Ihre Verwaltungsvorlagen sind von hervorragender Qualität und wir fühlen uns in der Vorbereitung für die Sitzungen gut unterrichtet.
- In der Ausschußarbeit waren wir bisher zurückhaltend, da wir erst mal schauen und uns mit den Gepflogenheiten vertraut machen wollten.
- Die Eine oder der Andere unter Ihnen hat es aber sicher bemerkt? Häufig waren wir zu Zweit in Ausschüssen anwesend, um unsere Fraktion besser einzuarbeiten.

- Was ist uns aufgefallen? – Einige Beobachtungen möchten wir vorwegschicken, da diese aus unserer Sicht letztlich auch zu den Haushaltsberatungen dazu gehören:
 - Die Verwaltungs-Vorlagen lassen in der Sachverhaltsdarstellung keine Wünsche offen.
 - Lob ist auch auszusprechen im direkten Kontakt mit den Verwaltungsangestellten des Kreises – wir haben immer schnell und umfassend Antwort auf unsere Fragen oder Anliegen erhalten.
 - Der Herr Landrat und die Herren Dezernenten – es sind ja nur Männer – haben sich für persönliche Gespräche mit uns auch Zeit genommen.
 - Wir freuen uns, wenn das auch künftig so weitergeht...
 - Im Gegensatz dazu mussten wir jedoch leider feststellen, dass **mündliche Auskünfte** in Ausschuß-Sitzungen eher dürftig waren.

- Wir können nur unsere Überraschung bzw. Verwunderung über Art und Inhalt der Stellungnahmen der Verwaltung in den Ausschüssen zum Ausdruck bringen.
- Auf Nachfragen von Ausschußmitgliedern wurde eher schwammig reagiert. Die Ausführungen sind manchmal kaum sachgerecht und häufig nebulös gewesen...
- Wir waren danach zuweilen verwirrter als vorher...
- Es entstand bei uns der Eindruck, dass „Mann“ – es waren ja fast nur Männer, die Auskunft gaben – es selbst nicht wußten...
- Ein Finanzfachmann z.B. konnte auf konkrete Nachfragen zu Einzelpositionen keine Antwort geben... (Wenn ich es zu tun hätte, nehme ich meinen Laptop und gucke nach...)
- Es wird aller Orten nur von Schwierigkeiten im Übergang von der Kameralistik zum Neuen Kommunalen Finanzmanagement (NKF) lamentiert – doch selbstverständlich ist jede bisherige, kameralistische Haushalts-Position auch im NKF als Vergleichsgröße

herausbildbar... und größtenteils umgekehrt – alle notwendigen Daten sind ja vorhanden. Uns fehlt hier das deutliche Bekenntnis aus der Verwaltung dazu und insbesondere die Bereitschaft, bei Bedarf diese Vergleichszahlen auch zu ermitteln und zu liefern zu wollen... So leider unsere Wahrnehmung. – Ich muß jedoch zugeben, dass wir keine Anfrage in diesem Zusammenhang gestellt haben sondern uns dabei nur auf die Erfahrungen in den Ausschüssen beziehen.

- **Bemerkenswert war:** Es soll einen Kreistags-Beschluß über die Sanierung einer Schule zur Durchführung im Jahr 2009 gegeben haben – die Erkenntnis über den Mangel war also offensichtlich vorhanden, der Handlungswille war dokumentiert und durch den Beschluß manifestiert – es ist jedoch nicht umgesetzt worden! Die also berechtigte Nachfrage eines Sachkundigen Bürgers im zuständigen Ausschuß wurde damit beantwortet, dass der Verwaltungsvertreter sagte, nach Rücksprache mit dem Kämmerer sei diese Maßnahme in das Jahr 2012 (oder vielleicht noch später) verschoben...

Wir nehmen das zur Kenntnis – bitte Sie jedoch eindringlich, so etwas künftig nicht mehr zu versuchen...

Apell: Alles was beschlossen ist, muß auch umgesetzt werden!

- Zur Diskussion eines freiwilligen Haushaltssicherungskonzept (HSK) beim Kreis einige Anmerkungen von uns:
 - Herr Kreisdirektor Hagt hat nachdrücklich im Finanzausschuß dargestellt, dass er und alle MitarbeiterInnen regelmäßig auf Einsparmöglichkeiten hin prüfen. Sie sagen: Man handele quasi schon so, als sei man im HSK.
 - Wir nehmen der Verwaltung das Bemühen ab, wir glauben, dass das so ist. Wir glauben an die Ernsthaftigkeit der Einsparbemühungen aller MitarbeiterInnen in der Verwaltung.
 - Gut wäre jedoch, wie soeben vom Vorredner herausgestellt, wenn die Politik beteiligt und in den Prozeß einbezogen würde... (Bezug zu den Ausführungen v. J. Graffelage, Grüne)

- Aber: Erst wenn es weh tut, ist man im HSK... - nicht vorher! Das soll heißen: der Zwang zu sparen ist eine andere Qualität als eine freiwillige Zurückhaltung...
- Grundüberlegung dazu ist für uns: Die Probleme der Gemeinden sind auch die Probleme des Kreises!
- Das Instrument der Kreisumlage verpflichtet uns zur Solidarität. Auch und gerade noch dann, wenn es keine Rücklagen des Kreises mehr gibt, die eingesetzt und damit aufgezehrt werden könnten.
- Der Kreis muß genau so handeln, wie es die ärmste seiner Gemeinde tun muß...
- Also: wenn nur eine Gemeinde im Haushaltssicherungskonzept ist, dann sollte der Kreis es ihr gleich tun. Das wäre gelebte Solidarität, von der dann auch die anderen Gemeinden und Städte des Kreises wiederum profitierten.
- Bei Planungen auf Kreisebene für die kommenden Jahre muß dieser Zusammenhang aus unserer Sicht **mehr als deutlich** werden.

- Wir begrüßen hier ausdrücklich die Initiative der FDP, die auf Landes- und Bundesebene insistieren wollen, dass die Kommunen mehr Mittel für Ihre Aufgaben erhalten – wenn wir dabei irgendwie unterstützen können, lassen Sie es uns wissen (Bezug zu Ausführungen in der Rede v. R. Müller).
- Nun zum Hauptproblem, dass sich uns bezüglich des Haushaltsentwurfes stellt:
- Eine Diskussion von Zielen und die Ermittlung von Kennzahlen wurde quasi abgeblockt.
- In dem Zusammenhang bedauern wir es sehr, dass der in mehreren Ausschüssen und auch heute auf der TO stehende Antrag der SPD und B90/Grüne stets abgelehnt bzw. wiederholt verschoben worden ist und wird...
 - Doch ohne Kennzahlen oder Ziele ist kein sinnvolles Bearbeiten der Haushalts-Vorlage möglich!

- Zumal dieser Haushaltsentwurf ausschließlich Planzahlen beinhaltet. Ergebnisse für 2009 oder gar aufbereitete Zahlen für 2008 fehlen ganz...
- Erfahrungswerte sind jedoch das A+O einer Diskussion zu Einzelpositionen... – so stellt das letztlich eine Art „Blindflug“ dar...
- **Ohne Ziele ist auch kein sinnvolles Handeln der Verwaltung möglich!**
- Die Verwaltungsvorlage beinhaltet zwar Entwürfe, das kann aber nur ein Anfang sein. Diese Vorschläge können nicht die Diskussion der Politik ersetzen – Wir sind die Politik!
- Deshalb müssten wir die Grobziele festlegen. Auch für diesen Haushalt müssten sie bereits klar sein – sind sie jedoch nicht und schon gar nicht ist darüber sachgerecht diskutiert worden...
- Wenn Sie nicht diskutieren wollen, dann bitten wir halt im Wege eines Antrages an den heutigen Kreistag um die Aufnahme der uns wichtigen Ziele in den Haushalt 2010. Unser Vorschlag liegt Ihnen vor:

- Im Sozialbereich (Produktgruppe 5...) wollen wir deutlichere Ziele, die klare Handlungsanweisungen an die Verwaltung begründen. Sie sollten – auch schon heute - definiert und festgelegt werden.
- Zur Erinnerung: Wir sind angetreten und gewählt worden, weil wir uns einsetzen für
 - Milderung der Folgen von Hartz IV (H4)
 - Kostenfreies Mittagessen an Ganztagschulen
 - Einführung eines Sozialtickets – und damit meinen wir ein echtes Sozialticket, das eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben im Kreis ermöglicht, also letztlich eine Vielzahl von Leistungen vergünstigt – u.a. ein für den gesamten Kreis gültige Busticket...
 - Verbesserungen im Öffentlichen Personen-Nah-Verkehr (ÖPNV)
- Zu unseren vier Kernforderungen einige kurze Beispiele:
 - Die ARGEN müssen als Unterstützung für die BürgerInnen handeln – nicht als deren Gegner – dazu haben wir für heute eine Anfrage an

die Verwaltung gerichtet, deren Antwort vorliegt – eine Auswertung konnten wir noch nicht vornehmen.

- Die Grundüberlegung hierbei muß immer sein, dass die Menschen, die in den Bezug geraten, erst einmal nichts dafür können... Jeder andere Ansatz steht im Widerspruch zu einer christlich geprägten Grundhaltung (Ich bitte Sie, sich diesen Gedanken Vor-Augen-zu-führen...)
- Die LINKE. bittet: zumindest den Kindern im Kreis, die im Hartz-IV-Bezug stehen und die an Ganztagschulen sind, soll ein kostenfreies Mittagessen zugebilligt werden.
- Ich möchte hier ein echtes Dilemma herausstellen: 2 Euro kostet ein Essen an den Schulen – und da hat das Land aber schon 50 Cent gefördert. Dieser Betrag ist für Menschen im Bezug unbezahlbar, da im Regelleistungsvolumen nur ca. 1 Euro für ein Mittagessen vorgesehen ist. Wie sollen die betroffenen Eltern das selbst bewerkstelligen können?

- Hier könnten wir schon jetzt deutlich machen, dass **wir** den Spruch des Bundesverfassungsgerichtes (BVerfG) zu den H4-Regelsätzen für Kinder ernst nehmen und entsprechend vorbildlich handeln... Es wurde bei der Urteilsbegründung auf die Würde des Menschen abgestellt. Ich darf an dieser Stelle darauf aufmerksam machen, dass wir, DIE LINKE., von Anfang an gegen die HARTZ-Gesetze waren und seither gegen die menschenverachtenden Folgen agieren!
- Apropos Vorbild: Wir wünschen uns den **Oberbergischen Kreis (OBK) als Vorbild** im Umgang mit den Menschen, die weniger **Glück** auf ihrem Lebensweg hatten! – In diesem Zusammenhang von „Belastungen“ zu sprechen... (rhetorische Pause – Bezug auf die Ausführungen v. P. Biesenbach, CDU, der dieses Wort im Zusammenhang mit Sozialleistungen mehrfach verwendet hatte.) – und dazu gehört in jedem Fall die Aufhebung eines restriktiven bzw. Kosten-Ansatzes bei Sozialleistungen – dass es einen solchen

beim Kreis geben muß, kommt uns zuweilen so vor, wenn wir mit den Betroffenen auf der Straße und vor den ARGEn reden. (dies machen wir übrigens regelmäßig... mit unserer monatlichen Schutzschirm-Aktion ... möglicherweise ist das noch nicht aufgefallen? – werden wir aber auch fortführen und verstärken)

- Wir wünschen uns eine auf den Menschen eingehende Beratung in den ARGEn. Es reicht uns leider nicht, dass das Servicebüro der Zulassungsstelle in Punkto Bürgernähe als Paradebeispiel benannt und – um hier die Verwaltung aus ihrer eigenen Vorlage zu zitieren: „zurecht“ – mehrfach herausgestellt wird. Das müsste eigentlich auch bei allen ARGE-Büros der Fall sein...
- **Solange die aufgezeigten Hintergründe nicht deutlich bei den Zielen erkennbar sind, bzw. Ist-Zahlen den Planzahlen eines Haushaltsentwurfes gegenüber gestellt werden, können und werden wir einem - wie auch immer aufgestellten Haushaltsentwurf - nicht zustimmen.**

- Wir freuen uns, wenn die Diskussion zu den Zielen des Verwaltungshandelns endlich beginnt und werden uns dabei im Sinne der BürgerInnen des OBK mit unseren gesamten Möglichkeiten einbringen.
- Besonders hoffen wir dabei darauf, dass bei den Beratungen Sachargumente erwogen und die künftigen Entscheidungen des Kreistages daran orientiert werden...
- In diesem Zusammenhang hätten wir noch einen Vorschlag an Sie: Nutzen Sie unsere Man- bzw. Frauenpower. Ebenso wie unsere Fachkompetenz.
- Zur Untermalung und Veranschaulichung hier ein Beispiel aus dem Rechnungsprüfungsausschuß: Auf die Frage des dozierenden Wirtschaftsprüfers, welche der anwesenden Mitglieder Erfahrungen im Bereich Bilanzen und Jahresabschlüsse hätten, haben sich interessanterweise nur wenige Personen gemeldet, darunter jedoch beide der zwei Anwesenden aus der Partei DIE LINKE...
- Also: wir arbeiten hier gerne mit – so Sie uns lassen?...

- Abschließen möchten ich mit dem nochmaligen Dank für die bisherige gute Aufnahme, verbunden mit der tiefen und ehrlichen Hoffnung auf eine erfolgreiche Zusammenarbeit **im Sinne der BürgerInnen unseres OBK.**
- Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Jürgen Simeth